

**Medienmitteilung vom 8. Juli 2014**

**Sonderprüfung der Steuerverwaltung betreffend Besteuerung von Offshore-Gesellschaften**

## **Skandalöser Verzicht auf Untersuchung umstrittener Steueroptimierungspraktiken**

**Die Grünen Kanton Bern kritisieren den von der Finanzkommission des Grossen Rates vorgeschlagenen Verzicht auf eine unabhängige Untersuchung der Offshore-Geschäfte Bernischer Unternehmungen. Die Weigerung der eidgenössischen Steuerverwaltung, den Kanton Bern bei einer Untersuchung zu unterstützen, erachten die Grünen als skandalös. Die Grünen halten an ihrer Forderung nach einer unabhängigen Untersuchung fest; ein entsprechender Vorstoss wird voraussichtlich im September im Grossen Rat beraten.**

Ein halbes Jahr nachdem die Amman-Gruppe mit Sitz in Langenthal wegen undurchsichtiger Offshore-Konstrukte in die Schlagzeilen geraten ist, hat die Finanzkommission des Berner Grossen Rates als zuständiges Aufsichtsorgan bekanntgegeben, dass sie auf eine Sonderprüfung verzichtet. Dieser Entscheid ist für die Grünen Kanton Bern unverständlich: Eine unabhängige Überprüfung der heiklen Abmachungen von Unternehmungen mit den Steuerbehörden (sogenannten Rulings) in Zusammenhang mit Offshore-Geschäften in ausländischen Steueroasen ist notwendig, um Transparenz zu schaffen und das Vertrauen in die Rechtssicherheit und das Steuersystem zu gewährleisten.

Die Grünen haben mit der Motion Muntwyler im Februar 2014 eine unabhängige Überprüfung der Offshore-Geschäfte von Berner Firmen gefordert; an dieser Forderung halten die Grünen fest. Noch am 7. Februar vertrat die Berner Finanzdirektion die Haltung, dass sie einer Überprüfung der kantonalen Steuerverwaltung durch unabhängige Dritte "offen gegenüber" stehe und zusammen mit der Finanzkommission einen konkreten Vorgehensvorschlag unter Einbezug der eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) suchen wolle. Es ist nicht nachvollziehbar und schlicht skandalös, dass sich die ESTV weigert, den Kanton Bern bei einer Sonderprüfung zu unterstützen. Dies umso mehr, als der eidgenössische Datenschutzbeauftragte jüngst die ESTV gerügt hat, weil sie sich weigert, Steuerdaten in dieser Frage zu öffnen. Die Grünen Kanton Bern verlangen, dass die eidgenössischen Aufsichtsgremien aktiv werden.

Trotz der unverständlichen Absage von Bundesebene bleibt eine Untersuchung der kantonalbernerischen Praxis bei Offshore-Gesellschaften notwendig. Sinnvoll ist dazu der Einbezug unabhängiger Expert/innen und eine Untersuchung der Prozesse bei Offshore-Besteuerungen von Unternehmungen. Der Verzicht auf jegliche externe Untersuchung wirft ein schlechtes Bild auf die Berner Steuerveranlagungspolitik. Statt Transparenz zu schaffen, setzt die politische Mehrheit auf eine Vogelstraus-Politik und verhindert damit, das angeschlagene Vertrauen in die Steuerbehörden wieder herzustellen.

Die Grünen halten an ihrer Forderung nach einer unabhängigen Überprüfung fest. Der entsprechende Vorstoss (Motion Muntwyler) wird voraussichtlich in der September-session im Grossen Rat beraten.

**Für weitere Auskünfte:**

Natalie Imboden, Grossrätin, 079 706 62 84